

*Herrn  
Präsidenten des Bgld. Landtages  
Christian Illedits  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 19. Mai 2016

**Selbständiger Antrag  
der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Kolleginnen  
und Kollegen betreffend TTIP, CETA und TiSA**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Selbständiger Antrag des Burgenländischen Landtages betreffend TTIP, CETA und TiSA**

Der Burgenländische Landtag hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach mit der Thematik Freihandelsabkommen auseinandergesetzt und dabei stets Transparenz und die Beibehaltung österreichischer Standards eingefordert sowie jede Marktöffnung im Bereich der Daseinsvorsorge und die Einsetzung von Schiedsgerichten strikt abgelehnt.

Zwischenzeitlich konnten das Misstrauen und die Verunsicherung in der Bevölkerung keinesfalls entkräftet werden. Im Gegenteil: Beispielsweise haben die auf der Plattform „TTIP-Leaks“ kürzlich veröffentlichte Details bestehende Vorbehalte weiter verstärkt. Nach jahrelangen Verhandlungen im Geheimen liegen nach wie vor weder alle Fakten auf dem Tisch, noch gibt es – wie vom Burgenländischen Landtag mehrfach eingefordert – konkrete Berechnungen betreffend die positiven und negativen Auswirkungen auf Österreich. Ein Abtausch unserer hohen Standards gegen die ungewisse Chance auf – voraussichtlich gering steigendes – Wirtschaftswachstum ist nicht im Sinne der Bevölkerung Österreichs und der Europäischen Union und daher abzulehnen.

So sehr Wachstumschancen für den europäischen Binnenmarkt zu begrüßen sind, bestehen durch diese Abkommen konkrete Gefahren. Es gibt beispielsweise Bedenken, dass das in Europa geltende Vorsorgeprinzip untergraben würde, auf dem Dienstleistungssektor die Rahmenbedingungen für Arbeitsmobilität bzw. Leiharbeit aufgeweicht werden, Tiergesundheits- und Ernährungsstandards sinken würden oder gentechnisch veränderte Nahrungsbestandteile in den Handel kommen. Generell droht eine Angleichung von sozialen, arbeitsrechtlichen und ökologischen Standards in den verschiedensten Lebensbereichen. Hervorzuheben ist hierbei auch die Gefahr, dass Datenschutzstandards in Europa umgangen werden.

Der Burgenländische Landtag bekräftigt, dass bezeichnete Abkommen nur unter der garantierten Beibehaltung aller arbeitsrechtlichen Normen und gesetzlichen Standards für Produktsicherheit sowie für den Verbraucher-, den Arbeitsmarkt-, den Gesundheits-, den Umwelt- und den Datenschutz verhandelt werden sollen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass hinsichtlich TTIP, CETA und TiSA auf EU-Ebene allen Verhandlungen und Entscheidungen die Einhaltung folgender Forderungen zwingend zu Grunde gelegt wird:
  - volle Transparenz über sämtliche Inhalte und deren konkrete Auswirkungen
  - Unantastbarkeit der österreichischen Niveaus im Bereich arbeitsrechtlicher Normen und gesetzlicher Standards für Lebensmittel- und Produktsicherheit sowie Verbraucher-, Gesundheits-, Umwelt- und Datenschutz
  - keine Marktöffnung im Bereich der Daseinsvorsorge und Arbeitsmobilität
  - keine Gefährdung des Bestandes unserer kleinstrukturierten bäuerlichen Landwirtschaft
  - keine Nachteile für unsere Unternehmen
  - keine Einsetzung von Schiedsgerichten zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten zwischen Staaten und Investoren und
  - keine Aufnahme vergaberechtlicher Bestimmungen in den Anwendungsbereich des Abkommens
  - kein Beschluss über eine vorläufige Anwendung von CETA oder TTIP im Rat
- sowie diese Abkommen auf Bundesebene einer Evaluierung zu unterziehen und anhand konkreter Fallbeispiele die möglichen positiven und negativen Auswirkungen zu analysieren und zu veröffentlichen
- und die Bundesländer laufend und umfassend über den Verhandlungsstand zu informieren